

Auer Tageblatt

Abstellungen nehmen die Anzeigen und für Anzeigen die Postanfragen entgegen. — Erscheint wöchentlich. Fernsprech-Anschluss Nr. 83.

Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlich: Die Redaktionsleitung. Druck: Die Druckerei des Auer Tageblattes, vormals von H. Auer, jetzt von H. Auer & Co., in Auerbach, am 1. März 1927.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1000.

Nr. 25

Sonntag, den 30. Januar 1927

22. Jahrgang

Die Regierung gebildet.

Hergt Innenminister. — Ein Ultimatum des Zentrums.

Berlin, 28. Jan. Amtlich. Die Verhandlungen über die Regierungsbildung wurden heute abend beendet. Reichkanzler Dr. Marx erstattete im Anschluß an die Sitzung dem Herrn Reichspräsidenten abschließenden Bericht.

Nachdem die deutschnationalen Reichstagsfraktion über die von ihr zu präsentierenden Minister Beschlüsse gefaßt hat, setzt sich das neue Reichskabinett nunmehr folgendermaßen zusammen:

- Reichkanzler: Dr. Marx (Zentrum)
- Innenminister und Vizekanzler: Hergt (Dntf.)
- Außenminister: Dr. Stresemann (D. Bp.)
- Wirtschaftsminister: Dr. Curtius (D. Bp.)
- Finanzminister: Dr. Köhler (Zentrum)
- Wehrminister: Dr. Gessler
- Arbeitsminister: Dr. Brauns (Zentrum)
- Justizminister: Graef-Thüringen (Dntf.)
- Ernährung und Landwirtschaft: Schiele (Dntf.)
- Verkehrsminister: Dr. h. c. Koch-Düsseldorf (Dntf.)
- Postminister: Schägl (Wahr. Bp.)

Das Ministerium für die besetzten Gebiete wird vom Reichkanzler Dr. Marx mitverwaltet.

Der Ruhhandel.

Der Abschluß der Verhandlungen über die personelle Zusammensetzung des Kabinetts wurde von Dr. Marx durch ein Ultimatum erzwungen. Die Deutsche Volkspartei wollte auf das Verkehrsministerium nicht verzichten. Zentrum und Deutschnationalen vereinbarten sich zu einem gemeinsamen Druck, um diesen Verzicht durchzusetzen. Die Deutsche Volkspartei berief sich darauf, daß ihre Fraktion erst heute, Sonnabend vormittag, zusammentrete, daß also vorher ein entscheidender Beschluß nicht gefaßt werden könne.

Dr. Marx erklärte daraufhin, daß er um 1/27 Uhr abends ohne Rücksicht auf den Beschluß der Fraktion der Deutschen Volkspartei die neue Kabinettsliste dem Reichspräsidenten zur Unterschrift vorlegen werde. Sollte sich die Deutsche Volkspartei mit dem Verzicht auf das Verkehrsministerium nicht einverstanden erklären, dann würde er daraus die Konsequenzen ziehen und seinen Austrag zurückgeben.

Unter diesem Druck gab der Fraktionsvorstand der Deutschen Volkspartei die Erklärung ab, daß er vorbehaltlich der Zustimmung der Fraktion das Verkehrsministerium den Deutschnationalen überlasse. Kurz nach 8 Uhr teilte Graf Westarp dem Reichkanzler die Namen der von den Deutschnationalen präsentierten Ministerkandidaten mit.

In der deutschnationalen Fraktion ist um die Verteilung der ihnen überlassenen vier Portefeuilles erbittert gestritten worden. Kandidat für die Vizekanzlerschaft war Schiele, während Hergt das Finanzministerium erhalten sollte, wenn es das Zentrum abgetreten hätte. Bei der Abstimmung aber fiel die Kandidatur Lindener-Wildau und Hergt wurde als Innenminister und Vizekanzler bestimmt. Eine Kampfzählung gab es auch beim Justizministerium, wo ebenfalls zwei Kandidaten, nämlich Westarp und Graef-Thüringen vorhanden waren; die Fraktion hat sich für den Vertreter der schärfsten Tonart, nämlich Graef-Thüringen, entschieden.

Geringeren Widerspruch begegneten die Kandidaturen Schiele und Koch-Düsseldorf. Im Verkehrsministerium sieht ein deutschnationaler Staatssekretär, der voraussichtlich abgelöst wird durch einen der Deutschen Volkspartei nahestehenden Staatssekretär. Das soll die „Kompensation“ an die Deutsche Volkspartei für das verlorene Verkehrsministerium sein.

Gessler bleibt.

Der demokratische Führer Koch hat gestern in einer persönlichen Besprechung dem Reichswehrminister Gessler den Wunsch der demokratischen Fraktion vorgetragen, er möge gleich Dr. Reinhold und Dr. Killy die Konsequenz aus der Tatsache ziehen, daß die Demokratische Partei sich gezwungen sieht, in die Opposition zu dem neuen Reichskabinett zu treten.

Dr. Gessler hat sich bei der Wahl zwischen seinem Amt und seiner Partei für das Amt entschieden. In einem Schreiben an den Parteivorstand Koch bescheidet er, er bleibe seinen sozialistischen Gesinnungen treu und wolle weiter mitarbeiten, aber die Pflicht gegen sein Amt zwingen ihn, der Aufforderung zum Rücktritt nicht zu folgen.

Die innere Trennung zwischen Dr. Gessler, der in jeder Beziehung ein Opfer seines Amtes geworden ist, und der Partei, von der er ausging, ist wohl schon vor längerer Zeit erfolgt. Es bedeutet eine Klärung, daß ihr jetzt auch die äußere folgt.

Wie die Presse das neue Kabinett aufnimmt.

Zur Zusammenfassung des neuen Reichskabinetts bemerkt die „Deutsche Zeitung“: Wir fürchten, daß die deutschnationalen Minister das, was sie anscheinend zu erreichen und durchzusetzen hoffen, kaum werden erreichen können. Die „Kreuzzeitung“ schreibt: Das Märchen vom Bürgerblut wird bald zerstört sein, denn in der neuen Koalition sind alle staatsbehaltenden Kräfte und Berufe vertreten, die mehr oder weniger ein staatliches Prestige zusammengeführt hat. Die „Deutsche Tageszeitung“ bezeichnet es als einen großen nationalen Gewinn, daß die starken politischen und wirtschaftlichen Kräfte der Deutschnationalen Volkspartei nicht länger von der Teilnahme an der Reichsleitung ausgeschlossen sind. Bei den langwierigen Verhandlungen habe es weder Sieger noch Besiegte gegeben, sondern nur Parteien, die sich von ihrem verschiedenen Standpunkte aus ehrlich auseinandergesetzt und schließlich ehrlich zusammengefunden haben. Das Blatt begrüßt es, daß die Landwirtschaft nicht mehr Objekt, sondern Subjekt der Staatsleitung sei. Der „Vokalanzeiger“ hebt hervor: Alle wahrhaft national gesinnten Kreise des Volkes werden die Regierung bei ihrer schweren Arbeit mit ihren Wünschen begleiten. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, die anerkennende Worte für das Maß der geleisteten Arbeit bei der Regierungsbildung ausspricht, erinnert an das bei der Auftragserteilung aufgestellte Ziel: Es soll keine Kampfregerung sein, sondern vielmehr soll sie ausgleichend, verfassungstreu, national und sozial sein. Die „Tägliche Rundschau“ glaubt erst das Ergebnis der völksparteilichen Fraktionszählung abwarten zu müssen und enthält daher auch keinen Kommentar zu dem neuen Kabinett. Die „Germania“ verrät, daß die Präsentation Hergts durch die deutschnationalen Fraktion mit nur zwei Stimmen Mehrheit erfolgt sei und betont, daß von den vier deutschnationalen Ministern Hergt und Graf zum rechten Flügel der Partei gerechnet würden. Das „Berliner Tageblatt“ sagt: Das Übergewicht der Deutschnationalen gibt der neuen Regierung einen ausgesprochenen reaktionären Charakter, an dem auch die Tatsache praktisch nichts ändern kann, daß ein so entschiedener Republikaner wie Köhler in das Kabinett neu eintritt. Die „Vossische Zeitung“ nennt das Kabinett eine Herausforderung für jeden Republikaner zur starken, unabhängigen Opposition. Der „Vorwärts“ nennt den Geist, aus dem die Regierung geboren wurde, den Geist des Kampfes und des Unterdrückungswillens gegen die Arbeiterklasse. Gegen diesen Geist wird die Sozialdemokratie den schärfsten Kampf führen. Die „Kote Fahne“ ruft aus: Die Einheit der Reaktion ist hergestellt, die Einheit des Proletariats noch nicht. Das ist jetzt die entscheidende, die wichtigste Aufgabe.

Der Abzug der Interalliierten Militärkontrollkommission.

Gemäß den in Genf getroffenen Vereinbarungen wird die interalliierte Militärkontrollkommission bis zum 31. Januar ihre Tätigkeit eingestellt und Berlin verlassen haben. Wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ erfährt, wird die interalliierte Militärkontrollkommission die Einstellung ihrer Tätigkeit durch ein besonderes Schreiben der Reichsregierung mitteilen. Die Erledigung etwaiger Restpunkte bleibt, wie vereinbart, den Militärattachés der alliierten und assoziierten Hauptmächte überlassen. Auch tritt die Heeresfriedenskommission am 1. Februar in Liquidation. Die Liquidationsarbeiten sind bereits seit längerer Zeit vorbereitet. Wie verlautet, hat Japan zu erkennen gegeben, daß es auf die Schaffung des Postens eines Militärattachés zu dem genannten Zweck zu verzichten gedenke.

Ein Essen beim Reichspräsidenten.

Berlin, 28. Jan. Der Reichspräsident gab heute abend zu Ehren des diplomatischen Korps ein Essen, an dem u. a. die Chefs der hiesigen fremden Missionen, des Reichsfinanz- und des Reichsminister des Auswärtigen mit ihren Familien teilnahmen.

Briand zur Frage der Entwaffnung Deutschlands.

Paris, 28. Jan. „Journal Officiel“ veröffentlicht folgende Antwort Briands auf Anfragen des Abgeordneten Desjardins über den Stand der deutschen Entwaffnung: 1. Da die deutschen Verfassungen nicht zwischen Frankreich und Deutschland allein, sondern zwischen Deutschland und den alliierten Mächten verhandelt würden, könne die französische Regierung keine Antwort auf die gestellten Fragen betreffs noch zu regelnder Entwaffnungsfragen erteilen. Dies könne augenblicklich umso weniger geschehen, als die mit Deutschland geführten Verhandlungen ohne Zweifel vor der festgesetzten Zeit zu einer Einigung führen würden. 2. Zwischen den Erklärungen Chamberlains im Unterhaus und seiner, Briands, jüngst erteilten Antwort bestehe kein Unterschied. Der britische Außenminister habe nicht Bezug genommen auf die Genfer Besprechungen, sondern nur ganz allgemein auf das Problem der Rheinlandräumung angepielt, unter Hinweis darauf, daß ein Meinungsaustrausch hierüber bereits mit den verschiedenen Mächten stattgefunden habe, ohne den Zeitpunkt zu präzisieren. Nach Zeitungsberichten habe Chamberlain hinzugefügt: 1) daß, wenn das Rheinland vor der im Versailler Vertrag festgesetzten Frist geräumt werden müsse, dies nur das Ergebnis einer Vereinbarung zwischen den Besatzungsmächten und Deutschland sein könne, zu der die deutsche Regierung ihren Anteil werde beitragen müssen, 2) daß, um eine Abjüng zu finden, Zeit notwendig sein würde, und die interalliierten Regierungen in aktiver Weise zusammenzuarbeiten müßten. Im übrigen wiederholt Briand nochmals, daß in Genf über die Räumungsfrage im Verlaufe der letzten Sitzung des Völkerbundes nicht gesprochen worden sei. Im übrigen könne auf dem Wege der schriftlichen Antwort nur über Beratungen eines interalliierten Organismus Auskunft erteilt werden. Auch könne er über die Beratungen des Obersten Kriegsrats, wenn er Stellung zur Räumungsfrage genommen habe, keine Auskunft erteilen.

Rußland lehnt die Teilnahme an der Genfer Waffenhandelskonferenz ab.

Moskau, 28. Jan. Litwinow sandte an den Generalsekretär des Völkerbundes eine Antwortnote auf die Einladung zur Teilnahme an der nach Genf einberufenen Sonderkommission zur Abfassung eines Konventionentwurfes über die Herstellung von Waffen, Munition und Kriegsmaterial durch Privatpersonen. Die Sowjetregierung faßt diese Einladung, die Genf als Tagungsort der Sonderkommission nennt, als eine Tatsache auf, die darauf abzielt, der Sowjetunion die Möglichkeit zu nehmen, sich an dieser Kommission zu beteiligen. Die Sowjetregierung kann deshalb nicht umhin, diese Einladung als unannehmbar zu betrachten.

Gemeinsamer Volkstrauertag in Deutschland und Oesterreich.

Der Präsident Stenö und der erste Schriftführer des Völkerbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Dr. Gulen, nahmen an der nach Wien einberufenen Bundestagung des „Oesterreichischen Schwarzen Kreuzes“ teil und hielten Vorträge über das Wirken des Völkerbundes und die Bedeutung des Volkstrauertages als eines Tages, an dem alle Deutschen in der ganzen Welt der im Kriege Gefallenen in Dankbarkeit und Verehrung gedenken. Bundespräsident Dr. Hainisch und Bundeskanzler Dr. Seipel empfingen die deutschen Vertreter und bekundeten lebhafteste Anteilnahme an den Bestrebungen des Völkerbundes. Die Delegierten der österreichischen Bundesländer beschloßen einstimmig, den Volkstrauertag gemeinsam mit dem deutschen Volks am Sonntag, den 18. März, zu begehen.

Der französische Arbeitsminister über die Lage des Arbeitsmarktes.

Paris, 28. Jan. In Beantwortung der Interpellationen des Arbeitsminister Fallières auf die Maßnahmen hin, die zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit getroffen wurden, nämlich Verkürzung der Arbeitszeit, um Entlassungen zu vermeiden, Eingreifen der Stellenvermittlungsbüros, Ausschreiben von Arbeitsstellen, für die der Arbeitsminister bereits 900 Millionen Francs, das Ministerium für öffentliche Arbeiten 457 Millionen Francs vorgesehen. Die vom Minister für öffentliche Arbeiten geplanten Maßnahmen würden 86 000 Arbeitsstellen Beschäftigung gewähren. Die Zahl der in Frankreich lebenden ausländischen Ar-